

# Fakten und Befindlichkeiten

*Das Land will mit zwei Projekten informieren und die Lebenswirklichkeit der Bürger erfassen – So soll das Gemeinwesen gestärkt werden*

Von Jens Schmitz, RNZ Stuttgart

**Stuttgart.** Wie leben die Menschen im Land miteinander? Wo gibt es Brüche? Zwei neue Projekte der Landesregierung sollen Bürgern Informationen erschließen, aber auch Kriterien schaffen, an denen sich Gesellschaftspolitik misst. „Wir setzen uns sozusagen selber unter Druck“, sagte Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) am Montag in Stuttgart.

Wie viele Kinder sind von Armut bedroht? Kommen Migranten im Erwerbsleben an? Wie hoch liegen die Wohnkosten für Familien? Wie steht es ums Thema Pflege, wie um das Miteinander der Generationen? Zu solchen Fragen gibt es detaillierte Statistiken, aber auch Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit, die

nicht immer unbedingt den Zahlen entsprechen. „Hier erhoffen wir uns Hinweise, wo wir die Menschen noch besser abholen können, um den Zusammenhalt und das Gemeinwesen zu stärken“, erklärt Lucha.

Zusammen mit dem Statistischen Landesamt und der Bertelsmann Stiftung versucht das Sozialministerium deshalb den Brückenschlag: Ein Online-Portal und eine Bevölkerungsumfrage sollen sich zu Gesellschaftsbildern ergänzen. Dazu werden Fakten wie Befindlichkeiten erfasst.

Seit Montag finden Interessierte Daten zu zentralen sozialen Themenfeldern in einem eigenen Web-Angebot: Das „Ge-

sellschaftsmonitoring Baden-Württemberg“ stellt Informationen aus knapp 50 fachspezifischen Quellen nicht nur benutzerfreundlicher dar als sonst beim Landesamt üblich. Zu vielen Aspekten gibt es auch Grafiken und kurze Zusammenfassungen.

Gleichzeitig läuft eine repräsentative Umfrage, die Infratest-Dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung unternimmt. Hier geht es um das subjektive Empfinden der Menschen. Gefragt wird überwiegend nach der Situation in der eigenen Wohngegend. Ergebnisse soll es dann im dritten Quartal 2019 geben; sie sollen ebenfalls auf der Gesellschaftsmonitoring-Seite zu finden sein.

---

*„Wir setzen uns selbst unter Druck“*

---

Impulse für eine „faktenbasierte Sozialpolitik“ erhofft Lucha sich von diesem doppelten Ansatz: Im Zeitalter so genannter Fake News sei es von hohem Wert, Daten transparent prüfen zu können. Gleichzeitig soll der Handlungsbedarf, den Bürger artikulieren, ins Arbeitsprogramm der Regierung einfließen. Nicht nur die Statistiker sollen ihre Informationen stetig aktualisieren, auch die Umfrage möchte Lucha gern in regelmäßigen Abständen wiederholen: „Nur dann macht's auch Sinn.“

Für den Aufbau des Gesellschaftsmonitorings sind bislang 287 000 Euro angefallen. 2019 und 2020 rechnet das Ministerium für die Aktualisierung und Analyse von Daten mit weiteren 138 000 Euro. Die Umfrage kostet 70 000 Euro.